

Die Grenzen der Klimagerechtigkeit? Isolationismus, Integrationismus und die Klimakrise als strukturelle Ungerechtigkeit

The Limits of Climate Justice? Isolationism, Integrationism,
and the Climate Crisis as Structural Injustice

LUKAS SPARENBERG, Frankfurt a.M.

Zusammenfassung: Inwiefern hängt die Klimakrise mit anderen globalen und intergenerationalen Gerechtigkeitsfragen zusammen? Dieser Artikel diskutiert diese Frage anhand der von Simon Caney eingeführten Unterscheidung zwischen Isolationismus und Integrationismus. Während Isolationist:innen dafür argumentieren, die Klimakrise als abgegrenztes Phänomen isoliert zu betrachten, entgegnen Integrationist:innen, dass dies die Ungerechtigkeiten der Klimakrise falsch charakterisiert. Klimagerechtigkeit müsse also im Kontext verstanden werden. Der Artikel erarbeitet jeweils zwei Varianten des Isolationismus (theoretisch und pragmatisch) und des Integrationismus (moderat und radikal) und argumentiert, dass beide Ansätze vor zentralen Herausforderungen hinsichtlich ihrer konzeptionellen Konturen stehen. Dem gegenüber stelle ich Ansätze, die die Klimakrise als strukturelle Ungerechtigkeit im Sinne Iris M. Youngs verstehen. Ich argumentiere, dass ein solcher Ansatz zum einen die Kritik am Isolationismus untermauern kann und zum anderen eine Form des Integrationismus darstellt, der die konzeptionellen Grenzen der Klimagerechtigkeit präziser und produktiver fasst.

Schlagwörter: Integrationismus, Isolationismus, strukturelle Ungerechtigkeit, Klimagerechtigkeit, Iris M. Young

Abstract: To what extent is the climate crisis linked to other global and intergenerational justice issues? This article discusses this question using the distinction between isolationism and integrationism introduced by Simon Caney. While isolationists argue that the climate crisis should be viewed as a separate phenomenon, integrationists counter that this misrepresents the injustices of the climate crisis. Climate justice must be understood in context. The article develops two variants of

Alle Inhalte der Zeitschrift für Praktische Philosophie sind lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 international Lizenz.



isolationism (theoretical and pragmatic) and two variants of integrationism (moderate and radical) and argues that both approaches face key challenges in terms of their conceptual contours. I contrast these with approaches that understand the climate crisis as structural injustice based on the work of Iris M. Young. I argue that such an approach can, on the one hand, substantiate the criticism against isolationism and, on the other hand, represents a form of integrationism that captures the conceptual limits of climate justice more precisely and productively.

Keywords: Integrationism, isolationism, structural injustice, climate justice, Iris M. Young

Zweifelsohne stellt der Klimawandel in vielerlei Hinsicht eine Krise dar – der Verlust von Biodiversität, das Überschreiten planetarer Grenzen, immer häufig auftretende Dürren und Überflutungen und nicht zuletzt die großen Probleme bei der Herstellung internationaler bindender Kooperation bei Klimaschutzmaßnahmen in Anbetracht des stetigen Widerstands fossiler Interessen. Die Klimakrise ist aber nicht zuletzt auch eine Gerechtigkeitskrise. Historisch betrachtet haben Staaten des sogenannten Globalen Nordens die Klimakrise maßgeblich mitverursacht, während Staaten des sogenannten Globalen Südens den kurz- und mittelfristigen Konsequenzen der globalen Erwärmung deutlich vulnerabler gegenüberstehen. Treibhausgasemissionen verursachen eben nicht nur dort Schäden, wo sie emittiert werden. Die Gerechtigkeitskrise erstreckt sich darüber hinaus auch intergenerational: Da Treibhausgasemissionen sehr langlebig sind, treten die Konsequenzen des massiven Treibhausgasausstoßes zeitversetzt ein. Somit sind zukünftige Generationen insbesondere vulnerabel. Dies stellt auch unsere konzeptionellen Werkzeuge in der Theoriebildung vor große Herausforderungen. Stephen Gardiner beschreibt die Klimakrise daher als *Perfekten Moralischen Sturm*, in dem die globalen, intergenerationalen, aber auch theoretischen Herausforderungen der Klimakrise sich gegenseitig verstärken. Akteure der internationalen Klimapolitik, insbesondere Staaten, finden sich in einer komplexen Version der *Tragik der Allmende* wieder: es ist für Staaten *individuell rational*, weiterhin Treibhausgasemissionen zu verursachen, um davon zu profitieren. Gleichzeitig ist es jedoch für die internationale Staaten gemeinsam *kollektiv rational*, gemeinsam die Emissionen zu reduzieren, um die geteilte Lebensgrundlage des Planeten zu erhalten (Gardiner 2011).

Gardiners Analyse deutet – in seinen Worten – auf die ethische Tragödie des Klimawandels hin. Mit dieser Analyse im Hintergrund möchte ich in diesem Artikel die Frage nach der Konzeptionalisierung der Klimakrise als Gerechtigkeitsproblem stellen. Dabei geht es weniger um die Frage, *ob* die Klimakrise ein solches Problem ist, sondern vielmehr darum *wie* sich das Problem methodologisch fassen lässt bzw. wie und ob es sich von anderen Gerechtigkeitsfragen abgrenzen lässt. Simon Caney hat diese methodologische Diskussion in seiner Auseinandersetzung um die

Verteilung von Emissionsrechten maßgeblich geprägt (Caney 2012). Caney unterscheidet hierbei zwischen Isolationismus und Integrationismus. Der Isolationismus argumentiert, dass wir die Klimakrise isoliert von Überlegungen zu globaler und intergenerationaler Gerechtigkeit (in Bezug auf bspw. Armutsbekämpfung oder Handelsfragen) betrachten sollten. Dem gegenüber steht der Integrationismus, der davon ausgeht, dass die Klimakrise im Kontext weiterer Überlegungen zu globaler und intergenerationaler Gerechtigkeit steht und somit Verknüpfungspunkte zu anderen Gerechtigkeitsproblemen wie bspw. Armut einbeziehen sollte (ebd., 259.).¹ Wenngleich diese methodologische Debatte über die Grenzen der Klimagerechtigkeit vor allem in Bezug auf Emissionsrechte geführt wurde, kann sie natürlich auf eine Vielzahl von Fragen der Klimagerechtigkeit angewendet werden.² Zentral geht es in dieser Debatte nämlich um ein *adäquates Problemverständnis der Klimakrise*.

In diesem Artikel möchte ich mich auf Fragen der Theoretisierung der Klimakrise als Gerechtigkeitsproblem konzentrieren und diese Debatte erneut aufnehmen. Dabei möchte ich zunächst sowohl isolationistische und integrationistische Ansätze kritisch diskutieren und ihren Gehalt und ihre Limitationen erarbeiten bevor ich dann neuere Arbeiten, die die Klimakrise als strukturelle Ungerechtigkeit verstehen, als innovativen und produktiven Ansatz zur Frage nach der Reichweite von Gerechtigkeitsfragen im Hinblick auf die Klimakrise positioniere.

Strukturelle Ansätze zeichnen sich unter anderem dadurch aus, dass sie Vulnerabilitäten gegenüber der Klimakrise historisch und – in einigen Fällen auch explizit intersektional – als Machtverhältnisse analysieren (Sparenborg 2022; Sardo 2023; McKeown 2024). Um deutlich zu machen, inwiefern dies einen produktiven Beitrag zum genannten Problemkomplex darstellt, soll zunächst die Debatte zwischen Isolationismus und Integrationismus nachgezeichnet und im Hinblick auf das implizite Problemverständnis analysiert werden.

Dieser Artikel verfährt in drei Schritten: Zunächst diskutiere ich zwei Varianten des Isolationismus – den theoretischen und den pragmatischen Isolationismus – und arbeite heraus, inwiefern diese Ansätze sowohl theoretisch problematisch sind als auch die realen Klimavulnerabilitäten und -ungerechtigkeiten verkürzt darstellen (Abschnitt 1). Danach stelle ich zwei Varianten des Integrationismus heraus, eine moderate und eine radikale, und argumentiere, dass beide Varianten konzeptionell unklar bleiben und entweder zu umfassend oder nicht umfassend genug sind (Abschnitt 2). Wie oben bereits angedeutet, werde ich dann den

¹ Im Folgenden werde ich die kritische Debatte um den Integrationismus und Isolationismus als solche nicht in Gänze nachzeichnen. Zwei kritische Auseinandersetzungen finden sich hierzu respektive bei Meyer (2013) sowie McLaughlin (2022).

² So hat beispielsweise die Frage, ob man einem isolationistischen oder integrationistischen Zugang wählt, weitreichende theoretische Konsequenzen. Wie Simon Caney feststellt, wird ein:e Isolationist:in zu einer anderen Verantwortungskonzeption gelangen als ein:e Integrationist:in (Caney 2021).

Ansatz struktureller Ungerechtigkeiten als eine Möglichkeit vorschlagen, die oben genannten Probleme zu überwinden (Abschnitt 3). Dabei werde ich zum einen argumentieren, dass Ansätze struktureller Ungerechtigkeit die Kritik am isolationistischen Vorgehen untermauern können, da aus struktureller Perspektive eine (künstliche) Trennung strukturell verbundener Vulnerabilitäten eine Verstärkung von Ungerechtigkeiten darstellt. Wenngleich Ansätze struktureller Ungerechtigkeit ins integrationistische Feld fallen, können sie der integrationistischen Debatte neue Impulse geben, da sie auf die oben genannte Frage nach dem konzeptionellen Zusammenhang eine Antwort geben können. Durch einen strukturellen Ansatz wird deutlich, dass Klimavulnerabilitäten in konkreten historischen Kontinuitäten stehen, die durch die Ausbeutung im Zusammenhang mit fossilen Energieträgern bedingt sind. Was es also braucht, ist eine kritisch-historische Analyse der Nutzung fossiler Energieträger und ihrer komplexen Interaktionen mit unter anderem sozio-ökonomischen Ungerechtigkeiten. Demnach haben fossile Energien historisch einige soziale Gruppen vulnerabler gegenüber den Effekten der Klimakrise gemacht. Somit lässt sich beispielsweise – wie Kyle Powys Whyte argumentiert hat – die Klimavulnerabilitäten, die indigene Gruppen in den USA erleben, nicht als separates Phänomen verstehen, sondern nur im Kontext und als Fortsetzung kolonialer Machtverhältnisse (Whyte 2016). Der Artikel schließt mit einer kurzen Zusammenfassung und kritischer Reflexion.

1 Pragmatisch und gerecht? Isolationistische Ansätze

In diesem Abschnitt möchte ich zwei Varianten des isolationistischen Ansatzes zur Klimagerechtigkeit definieren und dann Herausforderungen für diese Ansätze herausarbeiten. Die zwei Varianten sind zum einen der *theoretische Isolationismus*, der bereits etablierte Gerechtigkeitsprinzipien auf die Klimakrise (oder Teilbereiche davon) in Isolation anwendet, ohne die Verbindungen zu anderen Gerechtigkeitsbereichen miteinzubeziehen. Dies werde ich am Beispiel von Caneys Diskussion zur Verteilung von Emissionsrechten verdeutlichen. Zum anderen werde ich danach zeigen, dass der Isolationismus auch pragmatisch gerechtfertigt werden kann: aufgrund der Komplexität der Klimakrise und verschiedenen politischen Zwängen wird argumentiert, dass wir die Klimakrise nur in Isolation betrachten sollten, um Fortschritte zu machen. Dies ist eine Position, die beispielsweise von Eric Posner und David Weisbach vertreten wird. Beide Varianten, so werde ich argumentieren, laufen Gefahr, das Problem der Klimakrise verkürzt darzustellen. Die hier aufgestellte Unterscheidung erhebt nicht den Anspruch, das gesamte Feld des Isolationismus systematisch zu erfassen. Vielmehr geht es darum, zwei wichtige und separate Begründungen darzulegen und so aufzuzeigen, dass beide vor erheblichen Problemen stehen, wenn wir die methodischen Annahmen ernstnehmen.

1.1 Der theoretische Isolationismus

Wie oben bereits angedeutet, wurde die Unterscheidung zwischen Isolationismus und Integrationismus von Caney im Zusammenhang der Diskussion um die Verteilung von Emissionsrechten eingeführt. Caney diskutiert hier insbesondere die *Equal Per Capita View* (EPCV), wonach die Rechte, Treibhausgase zu emittieren, einem Gleichheitsgrundsatz folgen sollten. Dies ist für Caney eine explizit isolationistische Herangehensweise: „[...] it is an Isolationist approach, for it treats the question of the fair distribution of emissions in isolation from all other issues in global (or intergenerational) justice.“ (ebd, 260). Wenngleich es in diesem Artikel nicht um die Verteilung von Emissionsrechten *per se* gehen soll, ist es für die Identifikation des theoretischen Isolationismus hilfreich, diese Debatte und insbesondere Caneys Argument kurz nachzuzeichnen.

Caney differenziert zunächst zwischen verschiedenen Varianten des EPCV: sie unterscheiden sich darin, ob die Reichweite global oder national verstanden wird, ob die Rechteinhaber:innen Individuen oder Staaten sind und welche Rolle historische Emissionen bei der Vergabe dieser Rechte spielen sollten (ebd, 261). Hinsichtlich des letzteren Punktes argumentiert beispielsweise Steve Vanderheiden, dass historische Emissionen keine Rolle dabei spielen sollten, während Eric Neumayer dies spezifisch verteidigt (vgl. Vanderheiden 2008; Neumayer 2000). Die Idee, dass Emissionsrechte gleich verteilt werden sollten, kann verschiedenen gerechtfertigt werden. Ein egalitaristisches Argument für die EPCV geht beispielsweise von der Prämisse aus, dass Menschen weltweit moralisch gleich sind, und schlussfolgert, dass daher auch allen Menschen gleiche Emissionsrechte zugesprochen werden sollten.

Um diesen Punkt kurz zu illustrieren, lohnt es sich Steve Vanderheidens Argument nachzuzeichnen. Vanderheiden argumentiert in *Atmospheric Justice*, basierend auf einer Diskussion von Charles Beitz' „resource redistribution principle“, dass der Zugang zu natürlichen Ressourcen durch ein Prinzip der Gleichheit geregelt werden sollte (Vanderheiden 2008, 223). Er argumentiert gegen die Idee, dass Staaten innerhalb ihrer territorialen Grenzen natürliche Ressourcen frei aufteilen können. Die globale Atmosphäre stelle vielmehr eine Allmende dar, zu der alle Menschen den gleichen „Zugang“ haben sollten. Dies inkludiert das Recht, innerhalb der Absorptionskapazität der Atmosphäre, Treibhausgase zu emittieren. Die Begründung dafür ist für Vanderheiden eher negativ: Abweichung von einer EPCV – wie beispielsweise basierend auf historischen Emissionen – lassen sich nicht rechtfertigen: „Given that no defensible claim justifies unequal allocations, no departure from the default case for equality appears warranted“ (Ebd, 225). Damit positioniert sich Vanderheiden isolationistisch, da die gleiche Emissionsrechte isoliert von anderen Aspekten der Klimakrise oder einer generellen Theorie globaler und intergenerationaler Gerechtigkeit verteilt und verteidigt werden.

Die EPCV steht aber vor zwei zentralen Problemen, die für uns insbesondere interessant sind, da sie im Kern auf die Methode des Isolationismus deuten: Das erste Problem liegt darin, dass sich Ansätze distributiver Gerechtigkeit auf die gerechte Verteilung einer Vielzahl von Gütern beziehen, darunter Wohlstand, Energie, etc. Daraus folge, so Caney, eben nicht, dass ein Prinzip gerechtfertigt werden könne, bei dem man ein einzelnes Gut wie Emissionsrechte in Isolation betrachten und einzeln gleich verteilen müsse (Caney 2012, 271f.).

Das zweite Problem besteht darin, dass Emissionsrechte im engeren Sinne substituierbar sind. Der relevante Punkt an Emissionsrechten sind nicht die Emissionen an sich, sondern das damit bspw. Energie erzeugt wird, was wiederum Wohlstand fördert. Diese Güter können aber auch auf andere Weise verteilt werden, sei es durch Verbesserungen in der Energieeffizienz oder erneuerbare Energieressourcen (ebd., 285f.).

Der theoretische Isolationismus, wie ihn beispielsweise Steve Vanderheiden vertritt, lässt sich abstrahiert wie folgt definieren: Der Klimawandel ist ein Anwendungsfeld der Gerechtigkeit. Als abgegrenztes Feld lassen sich Gerechtigkeitsprinzipien auf diese (Teil-)Bereiche anwenden. Andere Gerechtigkeitsprobleme wie Armut oder die anhaltenden Effekte des Kolonialismus lassen sich hiervon abgrenzen.

Diese Variante des Isolationismus lässt sich – wie bei Caney – theoretisch kritisieren, wie das oben angeführte erste Problem der EPCV zeigt: Fragen distributiver Gerechtigkeit sind immer Fragen über die Verteilung einer Vielzahl von Gütern, somit folgt daraus nicht, dass ein einzelnes Gut herauszustellen und einzeln gleich verteilen zu wäre. Wir haben aus theoretischer Perspektive vielmehr gute Gründe, Fragen der Emissionsrechte im Kontext weiterer Gerechtigkeitsüberlegungen zu sehen, um so sicherzustellen, dass die Verteilung relevanter Güter insgesamt gerecht ist. Darüber hinaus ist die Isolation nicht nur theoretisch nicht überzeugend, sondern scheint auch empirisch das Problem der Klimakrise, wie es sich für marginalisierte Gruppen entfaltet, falsch zu charakterisieren. Klimavulnerabilitäten interagieren in vielfältiger Weise mit anderen (historischen und gegenwärtigen) Ungerechtigkeiten – dies werden wir in der Diskussion des Integrationismus nochmal aufgreifen. Hier lässt sich dieser Punkt an einigen Arbeiten kurz illustrieren. Kyle Powys Whyte argumentiert beispielsweise, dass der Klimawandel für viele indigene Gemeinschaften eher die Form eines *kolonialen Déjà-vus* darstellt, da koloniale Logiken die Vulnerabilitäten weiter verstetigen und verfestigen (ebd.). Chris Cuomo, die zu dem Zusammenspiel von Klima und Gender schreibt, weist ebenfalls auf das enge Verhältnis von Klimavulnerabilitäten und anderen Faktoren hin:

“Extreme droughts, already occurring due to climate change, exacerbate gender inequalities in places where it is women’s and girls’ responsibility to gather daily water, for when water becomes more scarce, ‘many poor people, but particularly women and girls, will have

to spend more time and energy fetching water from further away’ (Stern 2009, 70).” (Cuomo 2011, 694)

Peter Newell argumentiert, dass Klimavulnerabilitäten konkret mit Klasse, Gender und *race* zusammenhängen, und zwar auf eine Art und Weise, die eine Hierarchisierung schwierig macht, denn „[...] it becomes meaningless when they are so inter-related and reproduce one another so intimately“ (Newell 2005, 87). Einen Aspekt der Klimakrise abzuspalten, riskiert somit die komplexen Verknüpfungen zu anderen Ungerechtigkeiten zu unterschlagen und somit Ungerechtigkeiten zu verstetigen – dies wiederum untergräbt jeden gerechtigkeitsbasierten Ansatz. Auf diesen Punkt komme ich später noch einmal zurück.

1.2 *Der pragmatische Isolationismus*

Caneys Argument gegen einen theoretischen Isolationismus macht zunächst einmal noch keine Aussage darüber, ob wir nicht pragmatische Gründe dafür haben, die Klimakrise oder Teilbereiche davon isoliert von anderen Gerechtigkeitsüberlegungen zu betrachten. Caney selbst bespricht das folgende Argument: „First, it might be argued that there is so much disagreement about what constitutes global justices that considering greenhouse gas emissions in conjunction with debates about fair trade, development, poverty, and so on would result in an impasse“ (Caney 2012, 277). Jedoch argumentiert Caney, dass eine isolationistische Herangehensweise an die Klimakrise wahrscheinlicher zu erfolglosen Verhandlungen führt, da die Verknüpfung von Fragen der Klimagerechtigkeit und beispielsweise der Bekämpfung von Armut in internationalen Klimaabkommen wie dem UNFCCC angelegt sind (ebd., 278f.). Eine integrationistische Herangehensweise hingegen, so Caney, entspreche führenden Ansätzen zu internationalen Verhandlungen, die darauf hinweisen, dass Verknüpfungen zwischen verschiedenen Problemfeldern dazu führen, dass Verhandlungen erfolgreicher sind: „[...] focusing on one issue in isolation can be a recipe for deadlock, and that ‘linkages’ can facilitate agreement“ (ebd., 279).

Christian Baatz und Konrad Ott argumentieren dagegen, dass eine isolationistische Herangehensweise an beispielsweise Emissionsrechte politisch und institutionell machbarer ist (Baatz und Ott 2007). Während Caney für einen Mechanismus in fünf Schritten plädiert, der zunächst Prinzipien der globalen und intergenerationalen Gerechtigkeit festlegt (1), welche dann (2) daraufhin überprüft werden, ob sie nachhaltig sind. Hier werden die Gerechtigkeitsprinzipien mit den Gegebenheiten der Umwelt geprüft und gegebenenfalls angepasst. Dann werden (3) die Implikationen für die Verteilung von Emissionsrechten herausgearbeitet. Im darauffolgenden Schritt (4) soll untersucht werden, ob Emissionsrechte durch andere Güter substituierbar sind bevor in einem abschließenden Schritt (5) ein politischer Prozess erforderlich ist, indem verschiedene Optionen diskutiert und

schlussendlich eine Entscheidung getroffen wird (Caney 2012, 296ff.). Baatz und Ott argumentieren, dass dieses Prozedere enorm komplex ist, auf verschiedenen lokalen Ebenen stattfinden und dann aber auf globale Ebene skaliert werden muss. Vor allem aber, so Baatz und Ott, führt dies sehr wahrscheinlich zu Meinungsverschiedenheiten und Interessenkonflikten, die denjenigen Parteien in die Karte spielen, die Klimaverhandlungen so weit wie möglich ausbremsen wollen (Baatz und Ott 2007). Somit mache die Flexibilität des von Caney vertretenen Ansatzes eine Einigung eher unwahrscheinlicher. Eine EPCV innerhalb eines *cap and trade* Systems als isoliertes Vorhaben ist somit durchsetzbarer und weniger anfällig für institutionelle Blockaden und Verzögerungen.

An dieser Stelle ist es erneut wichtig zu betonen, dass es mir in diesem Artikel nicht um eine Verteidigung oder Widerlegung der EPCV geht. Ich mache kein systematisches Argument zu gleichen Emissionsrechten. Vielmehr geht es mir um die darunterliegende methodologische Debatte, ob Teilbereiche der Klimakrise oder die Klimakrise als Ganzes isoliert betrachtet werden sollten. In diesem Zusammenhang habe ich oben bereits argumentiert, dass wir neben Caneys theoretischen auch ein empirisches Argument gegen den Isolationismus anwenden können. Dabei geht es im Kern um die Frage nach dem Problemverständnis der Klimakrise. Hier wird der Isolationismus aber nun weniger theoretisch im engen Sinne, sondern pragmatisch gerechtfertigt. Wir haben bei Baatz und Ott gesehen, dass eine Begründung für ein isolationistisches Vorgehen darin liegt, dass eine „Abspaltung“ gewisser Aspekte der Klimakrise, wie der Verteilung von Emissionsrechten die Durchsetzung machbarer erscheinen lässt.³

Auch Eric Posner und David Weisbachs viel diskutiertes Buch *Climate Change Justice* argumentiert für einen pragmatischen Isolationismus in diesem Sinne. Ziel des Buches ist es herauszuarbeiten, welche Rolle Gerechtigkeitsfragen bei Klimavertragsverhandlungen spielen sollten. Dabei sind sie zentral davon motiviert, dass ein Klimaabkommen in Anbetracht der knappen Zeit, die der Staatengemeinschaft noch bleibt, machbar und effizient sein sollte.

“We strongly favor a climate change agreement, especially because it would help poor people in poor nations, and we also favor redistribution from the rich to the poor. *At the same time, we reject the claim that certain intuitive ideas about justice should play a major role in the design of a climate agreement*” (Posner und Weisbach 2007, 5, Hervorhebung hinzugefügt)

Posner und Weisbach erörtern, warum ein Klimaabkommen isoliert von Gerechtigkeitsüberlegungen betrachtet werden sollte. Im Mittelpunkt ihres Buches steht die

³ In eine ähnliche Richtung argumentieren auch Lukas Meyer & Dominic Roser (2006), sowie Axel Gosseries (2013).

Idee des *Internationalen Paretianismus* (IP), der besagt, dass Staaten glauben müssen, mit einem Vertrag besser dran zu sein. Sie betrachten dies als eine pragmatische und nicht als eine ethische Einschränkung (ebd., 6).⁴ Darüber hinaus setzen sie Grenzen für eine Umverteilung von Ressourcen innerhalb eines solchen Klimaabkommens: „we also take seriously the state system in which we live, and the practical limits on what ordinary people are willing to sacrifice for the sake of the well-being of others“ (ebd., 9).

Wie nun begreifen Posner und Weisbach Klimagerechtigkeit? Obwohl die Autoren „umfassendere“ Gerechtigkeitsüberlegungen aus den Klimavertragsverhandlungen ausklammern, lassen sie Raum für zwei Annahmen über Klimagerechtigkeit, die sich aus ihrem Fokus auf Machbarkeit und dem Wohlfahrtsprinzip, wonach Staaten im Einklang mit den Interessen ihrer Bürger:innen handeln, ergeben. Erstens ist ihr Konzept der Klimagerechtigkeit rein zukunftsorientiert und besagt, dass historische Ungerechtigkeiten bei den Verhandlungen keine Rolle spielen sollten. Posner und Weisbach zufolge ist es gerechtfertigt, die Relevanz historischer Emissionen auszuschließen, da wir die Emissionen der Vergangenheit in der Regel nicht direkt den Industriestaaten zuordnen können. Vor diesem Hintergrund fordern sie einen Klimavertrag, der alle Länder einbezieht und sie zu einer substantziellen Reduktion der Emissionen verpflichtet. Dies sei notwendig, um eine Stabilisierung bei 450-550 ppm zu erreichen.⁵ Die zentrale Frage der (Klima-) Gerechtigkeit ist, ob diese Stabilisierung erreicht wird (ebd., 33). Klimagerechtigkeit umfasst also einen Klimavertrag, der alle Staaten einbezieht, um die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen bei 450-550 ppm zu erreichen. Die daraus resultierenden Verantwortungen sind rein zukunftsorientiert und fallen Staaten zu. Staaten agieren nach Posner und Weisbach im Interesse ihrer Bürger:innen, müssen aber auch akzeptieren, dass das Wohlergehen aller Individuen weltweit gleich wiegt. Der Weg dahin ist dann nicht nur pragmatisch und machbar, sondern auch fair, wenn Staaten sich an diese Richtlinien halten.

Klimagerechtigkeit erschöpft sich aber auch genau an diesem Punkt. Posner und Weisbach räumen zwar ein, dass alle Staaten der Erde unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden werden, arme Länder aber besonders vulnerabel sind (ebd., 86), leiten daraus aber keine Hilfspflichten, die in einem Klimaabkommen verhandelt werden sollten. Vielmehr sollte das Klimaabkommen, mit dem zentralen Ziel der Stabilisierung der CO₂-Konzentration bei 450-550 ppm, aus pragmatischen Gründen isoliert von anderen Gerechtigkeitspflichten betrachtet werden. Damit

⁴ Katie Steele (2022) argumentiert sehr überzeugend, dass der IP nicht zwangsläufig die Machbarkeit erhöht. Insbesondere aber zeigt sie, dass der Fokus des IP einen Preis hat, nämlich bestehende Ungleichheiten zu verstetigen. Auf diesen Punkt komme ich im Folgenden noch zurück.

⁵ Der Richtwert von 450 ppm (parts per million) meint die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre, der für die Einhaltung des 2 Grad Celsius-Ziels notwendig ist.

argumentieren sie gegen Ansätze, die das Recht auf nachhaltige Entwicklung betonen: Sowohl die UNFCCC als auch das Kyoto-Protokoll untergraben ihre Wirksamkeit und erhöhen die Kosten, indem sie zwischen den Staaten und ihren jeweiligen Emissionsreduktionen differenzieren. Damit ist zunächst festzuhalten, dass diese Variante des Isolationismus hinter bereits etablierte internationale Abkommen zurückfällt. Gleichzeitig ist natürlich zu betonen, dass die Frage der Machbarkeit eine relevante Größe innerhalb der Debatten ist und sein muss: einem IPCC-Sonderbericht zufolge werden wir die Erwärmung von 1,5 Grad Celsius zwischen 2030 und 2052 erreichen (IPCC 2018). Das Zeitfenster für entschiedene Klimamaßnahmen schließt sich langsam, aber stetig. Gleichzeitig ist es erstmal fraglich, ob der Zeitdruck verlangt, hinter etablierte Normen- und Regelwerke wie dem UNFCCC zurückzufallen.⁶ Somit ist der hier vertretene Isolationismus erstmal pragmatischer Natur.

Ich möchte aber auf einen anderen Punkt hinweisen: Welches Problemverständnis der Klimakrise liegt dem isolationistischen Ansatz von Posner und Weisbach zugrunde? Eine erste Annäherung bieten einige der Prämissen von Posner und Weisbach. Wie oben beschrieben, unterstreichen sie beispielsweise, dass sie es für wichtig halten, „das Staatensystem, in dem wir leben, ernst zu nehmen“. Dies kann sich als problematisch erweisen, wenn sich herausstellt, dass sich die sozialen Positionen im staatlichen und internationalen System nur dann adäquat fassen lassen, wenn wir sie in einem historischen Kontext globaler Ungerechtigkeit analysieren. Genau das scheint jedoch in der Klimakrise der Fall zu sein. So zeigt die Analyse von J. Timmons Roberts & Bradley C. Parks beispielsweise, dass die Positionen, die Staaten im internationalen System einnehmen, maßgeblich durch das koloniale Erbe bestimmt werden (Roberts und Parks 2008). Diese Position wiederum wirkt sich in besonderem Maße auf die Klimaanpassungsfähigkeiten des Staates aus und schafft Klimavulnerabilitäten. Posner und Weisbach reflektieren jedoch an keiner Stelle kritisch die Rahmenbedingungen, unter denen Vertragsverhandlungen stattfinden. Dadurch liegt hier eine *status quo bias* – oder wie Olúfemi Táíwò es formuliert hat – ein *snapshot view* (Táíwò 2022) vor, welcher reiche und mächtige Staaten dadurch begünstigt, dass von der historischen Entwicklung abgelenkt wird, die zum aktuellen Staatensystem geführt hat.

Zweitens geht der *status quo bias* bzw. *snapshot view* durch die Verwendung der Kosten-Nutzen-Analyse in Verbindung mit den Wohlfahrtsprinzip zu Lasten marginalisierter Gruppen. Posner und Weisbach (2007) gehen davon aus, dass Geldzahlungen Umweltzerstörungen kompensieren können. Dies wird beispielsweise in ihrer Diskussion von „Asteroid Justice“ deutlich, deren Ausgangspunkt folgendes hypothetisches Szenario ist: Man stelle sich vor, ein Asteroid wird in voraussichtlich 100 Jahren in Indien einschlagen. Posner und Weisbach fragen: Haben die

⁶ Siehe hierzu auch Bernstein (2015).

USA eine besondere Verpflichtung, einen unverhältnismäßig großen Anteil zu einem Fonds beizutragen, der Indien vor einem Einschlag bewahren soll, weil die USA ein reicher Staat sind? Sie argumentieren, dass die USA nicht verpflichtet sind, direkt zu einem Fonds beizutragen, der beispielsweise in Technologien investiert, die Indien vor einem solchen Einschlag schützen könnten. Stattdessen könne es auch eine generelle Zahlung geben, die Indien mehr Flexibilität einräumt, in das zu investieren, was es im Hinblick auf das allgemeine Wohlergehen für gut hält. Entscheidend ist, dass Indien in etwas anderes investieren könnte, das den Einschlag des Asteroiden nicht verhindert (ebd., 76f.). Zum einen ist hier am Rande anzumerken, dass dieses Beispiel natürlich die Entstehung der Klimakrise in keinem Fall adäquat fasst. Dies ist aber nicht der wichtige Punkt für Posner und Weisbach: Sie argumentieren vielmehr, dass diese Form der Zahlung auch mit dem intergenerationalen Aspekt des Falles vereinbar sei, da zukünftige Generationen von der Investition profitieren könnten. Indem sie diese Form der Barzahlung vorschlagen, gehen sie davon aus, dass wir den möglichen Umweltschaden durch den Asteroideneinschlag durch eine große Geldsumme aufwiegen können, die wir in das allgemeine Wohlergehen der Bevölkerung investieren (Frisch 2012, 249f.). Posner und Weisbach nehmen an, dass es eine Substituierbarkeit zwischen Natur und Geld gibt.

Der Zusammenhang zwischen dieser Annahme und Gerechtigkeitsfragen wird besonders deutlich, wenn man die Situation indigener Gemeinschaften betrachtet, die Whyte in seinen Arbeiten treffend analysiert. Die Beziehung indigener Gemeinschaften zu Natur und Umwelt ist kulturell, spirituell und sozioökonomisch konstitutiv für ihr Fortbestehen. Daher ist für indigene Gemeinschaften eine (mögliche) Umweltzerstörung in keiner Weise durch Zahlungen an den Staat ersetzbar (Whyte 2016).

Diese zwei Punkte legen nahe, dass das zugrundeliegende Problemverständnis des pragmatischen Isolationismus zu kurz greift. Klimagerechtigkeit umfasst auch immer Gerechtigkeitsfragen im Sinne der Anerkennung ungerechter Verhältnisse, die ernstgenommen werden müssen, um die Situation der betroffenen sozialen Gruppen auch tatsächlich verbessern zu können. Durch das Abgrenzen der Klimagerechtigkeit von „anderen“ Gerechtigkeitsfragen werden verschiedene soziale Positionen nicht adäquat beschrieben und ein Szenario kreiert, in dem wir alle scheinbar gleichermaßen betroffen und verantwortlich sind.

Der pragmatische Isolationismus stellt aber dennoch zurecht fest, dass Machbarkeit im Umgang mit der Klimakrise nicht nachrangig behandelt werden sollte. Zweifelsohne ist Posner und Weisbach zugute zu halten, dass sie beispielsweise die Dringlichkeit eines Klimavertrags erkennen und mit pragmatischen Mitteln zu ermöglichen versuchen, dass dieser schnellstmöglich erreicht werden kann. Die Kritik legt aber nahe, das mit diesem Vorgehen durchaus hohe Kosten verbunden sind, die rechtfertigungsbedürftig sind: wir fallen hinter bereits getroffene internationale Absprachen zurück und akzeptieren Verhältnisse, die wir kritisch

hinterfragen sollten. Ein pragmatischer Isolationismus ist – so das Argument – besonders dann normative problematisch, wenn die Gefahr besteht, dass dadurch ungerechte Verhältnisse bestehen und verstetigt werden.

Abschließend möchte ich noch zwei Anmerkungen vorbringen: Erstens ist mein Argument keine vollständige Widerlegung des Isolationismus. Vielmehr geht es darum, dass insbesondere der pragmatische Isolationismus den wichtigen Impuls der Machbarkeit und Dringlichkeit aufnimmt, dieser Ansatz aber als normatives Argument zur Klimagerechtigkeit ein verkürztes Problemverständnis aufweist und dadurch die Dynamiken der Klimakrise verstetigt. Das heißt nicht, dass zwischen Machbarkeit und einem umfassenderen Problemverständnis ein unüberwindbares Spannungsverhältnis besteht.

Zweitens gibt es eine Version des Isolationismus, die *prima facie* von dieser Kritik nicht betroffen ist. Alexa Zellentin argumentiert beispielsweise dafür, dass wir unterschiedlichen Bereiche der Klimakrise isoliert untersuchen können, um der Komplexität der Fragen gerecht zu werden (Zellentin 2015). Zellentin betont dabei, dass Klimagerechtigkeit im Kontext globaler und intergenerationaler Gerechtigkeitsfragen stehen sollte, um theoretisch überzeugen zu können, gleichzeitig braucht es aber auch ein Auge fürs Detail, um überzeugende Antworten auf die sehr realen und verzwickten Fragen der Klimakrise geben zu können.⁷ Diese Position zwischen Integrationismus und Isolationismus ist *prima facie* unproblematisch, weil so das normative Problemverständnis nicht zwangsläufig verkürzt sein muss.

2 Klimagerechtigkeit in welchem Kontext? Integrationistische Ansätze

Im Gegensatz zu isolationistischen Ansätzen vertreten diejenigen, die eine integrationistische Methode in Bezug auf Klimagerechtigkeit vorschlagen, in der Regel die Auffassung, dass es nicht vertretbar ist, bei der Diskussion über den Klimawandel bestimmte Gerechtigkeitsüberlegungen auszuschließen. Stattdessen sollte der Klimawandel im Kontext globaler und intergenerationaler Ungerechtigkeiten verstanden werden. Doch wie können wir beurteilen, welche Ungerechtigkeiten auf welche Weise mit dem Klimawandel zusammenhängen und welche nicht? In diesem Abschnitt möchte ich nun zwei Varianten des Integrationismus diskutieren. Die erste Variante, der moderate Integrationismus, stellt Verknüpfungen zu einem anderen Feld der globalen und/oder intergenerationalen Gerechtigkeit her. Dagegen hält der

⁷ Diese Position hat eine gewisse Nähe zu der von Gosseries, der argumentiert, dass eine isolierte Betrachtung einzelner Probleme innerhalb des Komplexes der Klimakrise einen methodologischen Vorteil hat: „we want to clarify things at this level [i.e. the problem-specific level, L.S.] first, before getting involved in a more complex ‚all-things-considered‘ enterprise“ (Gosseries 2013, 283).

radikale Integrationismus, dass die notwendigen Veränderungen tiefgreifend und umfassend sein müssen und verwoben sind in nahezu alle Teilbereiche der globalen und intergenerationalen Gerechtigkeitsfragen. Beide Ansätze nehmen wichtige Punkte auf, dennoch weisen sie methodologische Probleme auf, da der Referenzpunkt des Integrationismus unklar bleibt: warum werden beim moderaten Integrationismus diese Bereiche verknüpft und nicht andere? Wie kann der radikale Integrationismus noch Spezifika der Klimagerechtigkeit fassen und diese von anderen Problemen abgrenzen?

2.1 *Der moderate Integrationismus*

Während Caney ebenfalls behauptet, eine moderate Version des Integrationismus zu vertreten, möchte ich hier mein Argument anhand der Ansätze von Darrel Moellendorf und Henry Shue erläutern, da diese einen integrationistischen Zugang wählen, der über die EPCV hinausgeht.

In der Einleitung seines Buches *The Moral Challenges of Dangerous Climate Change* betrachtet Moellendorf den Isolationismus als verkürzt. Er konzentriert sich auf das Problem der Armutsbekämpfung als zentralen Aspekt der Klimapolitik und “[...] rejects the approach of many attempts that address the problem of climate change in isolation. Some even make a virtue out of doing so. I take that to be a grave moral mistake” (Moellendorf 2014: 1). In meiner kurzen Darstellung der Grundzüge dieses Ansatzes werde ich mich auf die Verknüpfung von Klimakrisenbekämpfung und Armut fokussieren.

Moellendorf argumentiert, dass eine Klimapolitik, die die Armutsbekämpfung als Problem globaler Gerechtigkeit nicht elementar miteinbezieht, eine Verstärkung der Armutsfallen für sogenannte Entwicklungsländer riskiert. Armutsbekämpfung ist energieintensiv, daher plädiert er dafür, das Recht auf nachhaltige Entwicklung (RNE) zu bewahren und zu fördern:

“The right to sustainable development is a claim that least-developed and many developing states have the liberty to pursue energy-intensive development and not be yoked with the same financial burden to mitigate that highly developed state must wear. This is a freedom not to have to assume an equal share of the demands of intergenerational justice, placed on the present generation on behalf of future generations on precautionary grounds.” (Moellendorf 2014, 124)

Das RNE ist für Moellendorfs Ansatz von entscheidender Bedeutung, da es die Beziehungen zwischen Klimaschutz und Armutsbekämpfung konzeptualisiert. Wir könnten uns beispielsweise ein Klimaabkommen vorstellen, das Staaten unabhängig von Stand wirtschaftlicher Entwicklung verpflichtet, ihre Emissionen einheitlich

um X Prozent zu reduzieren. Dies würde es aber den sogenannten Entwicklungsländern enorm erschweren, weitere Anstrengungen zur Armutsbeseitigung zu unternehmen, da diese sehr energieintensiv ist.

Moellendorfs Ansatz ist hier insofern integrationistisch, als dass er sich für die Verknüpfung von Klimapolitik und Armutsbekämpfung interessiert. Wie oben dargelegt, ist das RNE eine Konzeptualisierung davon, da es Überlegungen zur menschlichen Entwicklung anstellt, die einen nützlichen Rahmen für die Bewertung dieser Verknüpfungen bieten. Menschliche Entwicklung und Nachhaltigkeit, die im RNE angelegt sind, sind wiederum Konzepte, die sich auf verschiedene Werte beziehen. In dieser Hinsicht kann Moellendorf eine Vielzahl von Themen aufgreifen und Argumente vorbringen, die sich auf Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels und zur Anpassung an dessen Folgen auswirken.

Henry Shues Konzeptionalisierung von *compound injustices* ist ein zweites Beispiel für ein moderat integrationistischen Ansatz. Shue untersucht in seinem enorm einflussreichen Aufsatz *The Unavoidability of Justice*, inwiefern Klimavertragsverhandlungen durch historische Ungerechtigkeiten beeinflusst werden können. Dabei befasst er sich unter anderem mit der Frage, warum kleinere Staaten wie Haiti sowohl weniger Einfluss auf die Verhandlungen haben, aber gleichzeitig mehr Unterstützung benötigen, um den Auswirkungen der Klimakrise zu begegnen. Im Falle von Haiti (und anderen Staaten) stoßen wir, laut Shue, auf eine Form von *background injustice*. Diese Staaten sind nicht in der Lage, die Bedingungen eines Abkommens so auszuhandeln, dass ihre Interessen berücksichtigt werden, weil sie von anderen wohlhabenderen Staaten abhängig sind. Es handelt sich also um einen Fall von interner Ungerechtigkeit, bei dem es um die faire Ausgestaltung einer Verhandlung geht.⁸ Darüber hinaus könnte Haiti aber auch aufgrund der herrschenden Armut im Land nicht in der Lage sein, genügend Einfluss auszuüben, was, wie Shue vorschlägt, eine andere Form von *background injustice* sein könnte, die auf den Kolonialismus bzw. „[...] landholdings shaped by French colonialism“ (Shue 2014, 38f.) zurückführbar ist. Wenn sich also eine Partei in einer schwächeren Verhandlungsposition befindet, die (bis zu einem gewissen Grad) aus vergangenem Unrecht resultiert (das in den Verhandlungen tendenziell fortbesteht), nennt Shue dies *compound injustice* (ebd., 39). Das Zusammenspiel von Kolonialismus und Klimavulnerabilitäten basierend auf Armut ist eine Form dieser *compound injustice*. Darüber hinaus gibt es nach Shue noch eine zweite Form. Ein Staat wie Haiti hat möglicherweise nicht nur Probleme, ein faires Mitspracherecht bei den Verhandlungen

⁸ Eine Gutachter:in wies zurecht daraufhin, dass Shue hier auch an prozeduraler Gerechtigkeit, während die anderen Autor:innen bisher an Fragen substanzieller (insbesondere distributiver) Gerechtigkeit interessiert sind. Ich kann dieses Spannungsverhältnis hier nicht weiter erkunden, weise nur daraufhin, dass ich der Ansicht bin, dass Shue mit der Verknüpfung von kolonialer Vergangenheit, Armut und Klimaanpassungsmöglichkeiten auch zentral Fragen der distributiven Gerechtigkeit stellt.

durchzusetzen, sondern ist auch von der Hilfe reicherer Staaten bei der Bewältigung der schädlichen Auswirkungen der globalen Erwärmung abhängig. Dies ist insofern eine Form von *compound injustice*, als dass die reichen Industriestaaten die globale Erwärmung maßgeblich verursacht haben. Selbst wenn sie dies unabsichtlich getan haben bzw. hätten, so das Argument, wäre es ungerecht, die armen Staaten mit den Kosten der Bewältigung alleine zu lassen (ebd., 42).

Abgesehen von diesen zwei Formen der *compound injustice* sieht Shue den wesentlichsten Grund, der gegen eine Trennung von Klimaverhandlungen und Fragen internationaler Gerechtigkeit spricht, darin, dass die Ausklammerung der Bewältigung der Klimakrise die vitalen Interessen der in Staaten wie Haiti lebenden Menschen untergraben würde. Da der Klimawandel eine ernsthafte Bedrohung für die Landwirtschaft darstellt und die Menschen in ärmeren Staaten oft besonders auf lokale Ernten angewiesen sind, könnten die Auswirkungen des Klimawandels in der Tat eine ernsthafte Gefahr für die vitalen Interessen der Menschen darstellen (ebd., 42f.).

Diese letztgenannte Erwägung der Gerechtigkeit hält Shue für unvermeidbar. Sie sollte daher in jeder Verhandlungsagenda implizit enthalten sein (ebd., 44). Er stellt eine relativ minimale Forderung darüber auf, welche Haltung reichere Staaten in Verhandlungen einnehmen sollten:

“Poor nations ought not to be asked to sacrifice in any way the pace or extent of their own economic development in order to help to prevent the climate changes set in motion by the process of industrialization that has enriched others. ‘Their own’ resources for coping later should be the most that they can sustainably develop between now and then” (ebd.).

Ich betrachte Shues Ansatz hier als moderat integrationistisch, da Shue – ähnlich wie Moellendorf – das Problem der Klimakrise im Kontext historischer und globaler Ungerechtigkeiten sieht. Eine zu starke Trennung dieser Facetten führt, so Shue, möglicherweise zu einer Form von *compound injustice*.

Sowohl Moellendorf als auch Shue erarbeiten enorm wichtige Konzeptionalisierungen der Klimakrise in einer moderat integrationistischen Weise. Auf der methodologischen Ebene bleiben die Konturen dieser Herangehensweise allerdings unklar. Wie lässt sich entscheiden, welche Phänomene miteinander verbunden werden?

So arbeitet Moellendorf das überaus relevante Spannungsfeld von Klimakrise und Armutsbekämpfung heraus. Methodologisch betrachtet stellt sich aber die Frage, ob diese Verknüpfung das Problem fasst oder nicht. Wie geht Moellendorf beispielsweise mit kolonialen Machtverhältnissen oder *race* und Gender innerhalb des Komplexes von Klimawandelbekämpfung und Armutsbekämpfung um? Ich

möchte nochmal betonen, dass dies nicht in erster Linie eine inhaltliche, sondern methodologische Kritik ist. Es ist aus methodologischer Sicht wichtig, die konzeptionellen Grenzen der Herangehensweise zu erläutern. Moellendorf liefert diese Erläuterung jedoch nicht. Somit bleibt unklar, ob diese moderat integrationistische Herangehensweise die relevanten Aspekte fasst und verknüpft.

Hinsichtlich des Ansatzes von Shue möchte ich zwei Anmerkungen machen. Erstens sollte man bedenken, dass Shues moderat integrationistische Auffassung von *compound injustice* auf breitere strukturelle Entwicklungen hinweist, die Haiti anfälliger für die Folgen der Klimakrise machen. Er zieht vorläufige kausale Verbindungen zwischen Kolonialismus, Armut und Klimaverhandlungen. Dies ist erstmal vorläufig, weil er die Schwierigkeiten anerkennt, einen direkten kausalen Zusammenhang zwischen diesen Faktoren herzustellen. Indem er sich jedoch auf strikt kausale Zusammenhänge beschränkt, übersieht er, wie diese strukturell miteinander verbunden sind und sich gegenseitig verstärken können. In der Tat überschneidet sich Haitis gesellschaftliche Position mit dem strukturellen Prozess des Klimawandels mit seinem kolonialen Erbe, und Frankreich hat in erheblichem Maße zu dieser strukturellen Positionierung beigetragen – das lässt sich unter anderem der Analyse von Roberts und Parks entnehmen (Roberts und Parks 2008; Sparenborg 2022). Shues Analyse erfasst diese Dynamik nicht und läuft daher Gefahr, Armut, Kolonialismus und Klimavulnerabilitäten als drei getrennte Probleme zu charakterisieren, die in einigen Fällen lediglich unglücklicherweise ineinandergreifen.

Zweitens ist Shues Ansatz in den methodologischen Konturen ebenfalls schwammig. Seine minimale Gerechtigkeitsforderung lässt sich auf das Ausbleiben dieser Analyse der Zusammenhänge zwischen verschiedenen Vulnerabilitäten und Klimavertragsverhandlungen zurückzuführen. Er schlägt eine sehr minimale Grundlinie der Gerechtigkeit vor und erlaubt es, beispielsweise die Formen von *compound injustice* zurückzustellen. Seine Forderung konzentriert sich auf die Sicherung lebenswichtiger Interessen, die gefährdet sein könnten – insbesondere für arme und nicht sehr bevölkerungsreiche Staaten wie Haiti – und artikuliert damit die minimale Rolle, die Gerechtigkeit in Vertragsverhandlungen spielen muss. Shue hält wirtschaftliche Entwicklung für einen wichtigen Bezugspunkt – das ist auch wie bei Moellendorf ein gut vertretbarer Punkt. Die Sicherung der Armutsbekämpfung in sogenannten Entwicklungsländern ist wichtig, um Ungerechtigkeiten nicht zu verstetigen. Dennoch ist Shues integrationistischer Ansatz zu moderat: Shues fehlende Analyse der Zusammenhänge dieser *compound injustices* lässt zu viele Fragen offen. Kurzum: es wird nicht deutlich, *wie diese Ungerechtigkeiten miteinander verbunden sind*.

2.2 Der radikale Integrationismus

Wir haben gesehen, dass der moderate Integrationismus wichtige und moralisch überzeugende Positionen formulieren kann, wenngleich die methodologischen Konturen unklar bleiben. Wie steht es um Ansätze, die eine Vielzahl verschiedener Gerechtigkeitsfragen integrieren und so zu radikalen Transformationsforderungen kommen?

Olufemi Táíwò legt in seinem Buch *Reconsidering Reparations* beispielsweise eine historische Analyse vor, die die kolonialen Hintergründe und Genealogien der Klimaungerechtigkeiten deutlich macht und gleichzeitig nicht eine konkret zukunftsorientierte Perspektive bietet, denn: „A politically serious reparations project – at least one fitting the goals and ethos of the constructive view—must focus on climate justice” (Táíwò 2022, 157). Táíwò zeigt hierbei, gemeinsam mit den Kolleg:innen Anna Saez und Chun Hin Tsoi, dass ehemals kolonialisierte Staaten besonders vulnerabel für die Folgen der Klimakrise sind – eine Analyse, die gewisse Ähnlichkeiten mit der von Roberts & Parks (2007) hat. Dadurch ergibt sich eine Verknüpfung zwischen dem Projekt der historischen Aufarbeitung des *global racial empires* und der Klimakrise:

„We need to figure out how to address the ecological and the political disasters. The economic and political systems developed by global racial empire are responsible for the accumulations that explain the crisis: both the buildup of greenhouse gases in the atmosphere and the highly uneven buildup of advantages and disadvantages that determine how climate vulnerability is distributed within and between countries“ (ebd, 171f).

In meiner Auseinandersetzung mit Táíwò lasse ich viele zentrale Elemente aus, wie zum Beispiel seine Konzeption von Verantwortung. Es geht mir hier – wie bei den anderen Ansätzen auch – um das zugrundeliegende Problemverständnis. Die Klimakrise wird also als verknüpft mit dem Kolonialismus und Kapitalismus verstanden. Táíwò vertritt die These des *racial capitalism*, wonach Kolonialismus und Kapitalismus gemeinsam die Welt, wie wir sie derzeit vorfinden, geformt haben – inklusive der Klimaungerechtigkeiten. Das *global racial empire* war – in Táíwòs Worten – ein *world-making* Projekt. Damit ist die notwendige Antwort auf die Klimakrise nicht kleiner: sie ist ebenfalls ein *world-making* Projekt. Dies bedeutet für Táíwò eine radikale neue Vision für die Welt, in der bisherige Verteilungsmechanismen neu organisiert und transformiert werden, es geht darum eine „more just world on a global scale“ (ebd, 5) zu schaffen. Der Fokus liegt dabei auf Umverteilung, denn die bisherigen Strukturen reflektieren ungerechte Verteilungen von materiellen Gütern wie Geld, aber eben auch eine ungleiche Vulnerabilität gegenüber Gewalt und

der Erfahrung aller möglichen Nachteile (ebd., 21). Dieser „Fluss“ von Gütern, Vorteilen für die einen und Nachteilen wie Gewalt und Armut für die anderen resultiert in dem, was Táíwò das *global racial empire* nennt. Die Klimakrise zu überwinden, bedeutet *racial capitalism* zu überwinden: „If global racial empire is the *what*, then capitalism is the *how*“ (ebd., 23). Dafür schlägt er verschiedene Ziele und Taktiken vor, wie zum Beispiel einem globalen Klimafond, bedingungslosen Zahlungen an vulnerable Gruppen, der Beseitigung von Steueroasen und der Ermöglichung von echter Entscheidungsmacht auf der Ebene verschiedener Communities. Dies soll unter anderem durch eine Invest-Divest-Taktik weg von fossiler Energie zu erneuerbaren Energien ermöglicht werden, aber auch durch effektiveres Wissensmanagement unter den betroffenen sozialen Gruppen (ebd., 172ff.).

Táíwò erarbeitet somit eine radikale Analyse, die die Klimakrise in den historischen Kontext des Kolonialismus und des Kapitalismus stellt. Das *world-making* Projekt entsteht aus der Natur des Problems selbst: die Klimakrise zu bekämpfen heißt, die historischen Kontexte ernst zu nehmen und das Ausmaß zu begreifen. Táíwòs Ansatz ist somit integrationistisch in einem radikaleren Sinne als Moellendorf und Shue: die relevanten Verknüpfungspunkte ergeben sich aus der historischen Entstehungsgeschichte der relevanten Klimavulnerabilitäten. Um der Klimakrise zu begegnen, müssen wir das Problem an der Wurzel packen, also beim System, das diese Krise erschaffen hat. Damit steht Táíwòs Ansatz für Klimagerechtigkeit im Kontext einer Theorie globaler und intergenerationaler (Verteilungs-)Gerechtigkeit.

Farhana Sultanas Arbeiten zu *critical climate justice* sind ein zweites Beispiel für einen radikalen Integrationismus. Sultana teilt Táíwòs Analyse, dass die Klimakrise stark verbunden ist mit dem Weiterleben kolonialer Praktiken und Abhängigkeiten wie auch kapitalistisch-extraktivistischen Politiken, versteht die Vulnerabilitäten und Schäden, die die Klimakrise verschiedenen sozialen Gruppen aussetzt, aber sowohl intersektional als auch nicht ausschließlich distributiv (Sultana 2021). Kritische Klimagerechtigkeit, so Sultana, ist in vielerlei Hinsicht eine Praxis:

„Praxis means theoretically informed practice with reflection, one where there are continual feedbacks and integrations [...] In broad terms, critical climate justice praxis demands systemic changes to address structural inequities and destabilize power relations that produce various climate injustices.“ (ebd., 119).

Dies bedeutet unter anderem auch, dass eine „Re-Evaluation“ internationaler Institutionen und der globalen politischen Wirtschaftsordnung nötig ist, wobei eine Theorie kritischer Klimagerechtigkeit sich ständig selbst im Austausch mit aktivistischen Gruppen neu orientiert (ebd.).

Sultanas Ansatz formuliert bewusst viele Aspekte, die die Klimagerechtigkeit umfassen sollte: feministische, dekoloniale, abolitionistische, anti-rassistische sowie auch anti-kapitalistische Elemente, die alle – so Sultana – im Zusammenspiel Klim ungerechtigkeiten verursachen und verstetigen. Der Ansatz ist integrationistisch in dem Sinne, dass auch hier die Klimakrise in all diesen globalen und intergenerationalen Gerechtigkeitskontexten gesehen wird. Der Klimakrise zu begegnen, bedeutet intersektionale Analysen voranzutreiben und in Solidaritätsverhältnissen mit marginalisierten Gruppen zu stehen mit dem Ziel, das Problem der Klimakrise in all seinen Facetten zu überwinden – nicht nur distributive, sondern auch politisch ermächtigend und kontestierend; nicht nur auf der politischen Ebene, sondern auch auf der epistemischen Ebene, also die dahinterliegenden Denkmuster, Stereotype und Vorurteile zu bekämpfen. Damit ist Sultana ebenfalls radikal integrationistisch, erweitert dabei sogar in gewisser Hinsicht Táíwòs Analyse um den Aspekt der Intersektionalität und sieht das Problem nicht nur als eins der Umverteilung, sondern auch in den epistemischen Strukturen, die die Ungerechtigkeiten ermöglichen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der radikale Integrationismus die Klimakrise in einem tiefgreifenden systemischen Kontext globaler und intergenerationaler Gerechtigkeit. Im Gegensatz zu isolationistischen, aber auch moderat integrationistischen Ansätzen, lässt sich die Klimakrise als Gerechtigkeitsproblem gar nicht ohne die systematischen Kontexte verstehen. Während moderat integrationistische Ansätze aus methodologischer Perspektive erklären müssen, warum sie einzelne Phänomene mit der Klimakrise verknüpfen, riskieren radikal integrationistische Ansätze dazu, zu umfassend zu sein und dadurch die Konturen der Klimakrise verschwimmen zu lassen. Wenn die Klimakrise ein *world-making* Projekt ist, also zusammenfällt mit der Bewältigung historischer Ungerechtigkeit, wie genuin ist dies dann noch ein Ansatz der Klimagerechtigkeit und nicht einer der globalen Gerechtigkeit *per se*? Was kann Klimagerechtigkeit bedeuten, wenn es konzeptionell deckungsgleich mit dem der Reparationen ist? Táíwò ist deutlich, wenn er sagt, dass Reparationen und Klimagerechtigkeit ein und dasselbe Projekt sind (Táíwò 2022, 147). Das Problem hierbei ist nicht, dass beide Projekte miteinander verbunden sind, es geht darum, dass Táíwò beide Projekte so radikal integriert, dass sie synonym werden.

Bei Sultana finden wir eine ähnliche Argumentationsstruktur. Die Klimakrise ist so tief verbunden mit einer enormen Vielzahl politischer Kämpfe: „Critical climate justice is as much about development, democracy, and citizenship as it is about international politics, financing, geographies and histories“ (Sultana 2021, 122). Wie auch bei Táíwò möchte ich nicht argumentieren, dass dies *per se* falsch ist (in der Tat werde ich im kommenden Abschnitt versuchen zu zeigen, dass viele diese Verknüpfungen richtig sind), sondern aus der methodologischen Perspektive fragen, was das verbindende Element in Bezug auf die Klimagerechtigkeit ist. Was

macht Klimagerechtigkeit aus und wo sind die konzeptionellen Grenzen zu anderen, wenngleich verknüpften, Gerechtigkeitsfragen?

Während es bei dem moderat-integrationistischen Ansatz von Shue oder Moellendorf unklar bleibt, wie genau verschiedene Ungerechtigkeiten zusammenhängen, ist es bei radikal integrationistischen Ansätzen ebenfalls der Fall, dass das verbindende konzeptionelle Element nicht ausgearbeitet wird. Der moderate Integrationismus scheint nicht umfassend genug und in seiner Grenzziehung arbiträr zu sein, während der radikale Integrationismus so umfassend argumentiert, dass die konzeptionellen Grenzen verschwimmen.

3 Die Klimakrise als strukturelle Ungerechtigkeit

Ich habe versucht in den vorherigen Abschnitten zu zeigen, dass sich innerhalb der isolationistischen und integrationistischen Ansätze mindestens jeweils zwei Varianten identifizieren lassen, die aus methodologischer Perspektive vor unterschiedlichen Herausforderungen stehen, die Klimakrise als Problem der Gerechtigkeit zu fassen. Isolationistische Ansätze stehen sowohl vor der theoretischen Herausforderung, den Ausschluss weiterer Gerechtigkeitsüberlegungen zu rechtfertigen, der sich – wie Caney gezeigt hat – nicht aus theoretischen Überlegung zu distributiver Gerechtigkeit begründen lässt, als auch vor der praktischen Herausforderung, dass die Klimavulnerabilitäten und -ungerechtigkeiten, die marginalisierte soziale Gruppen erfahren, nicht einfach trennbar von Phänomenen historischer und globaler Ungerechtigkeit sind. Integrationistische Ansätze scheinen beiden Herausforderungen erfolgreicher begegnen zu können, sind aber in den zwei Varianten, die ich hier diskutiert habe, entweder nicht umfassend genug oder so umfassend, dass die Konturen der Klimagerechtigkeit zu verschwimmen drohen. In diesem Abschnitt möchte ich nun einen programmatischen Vorschlag machen, der auf einer neueren Entwicklung in den Debatten zur Klimagerechtigkeit beruht: dem von Iris M. Young ausgehenden Ansatz struktureller Ungerechtigkeiten. Ziel soll sein, diesen strukturellen Ansatz in der Debatte zwischen Isolationismus und Integrationismus zu positionieren und zu zeigen, dass dieser Ansatz durchaus integrationistisch ist, aber durch die Fokussierungen auf strukturelle Prozesse der Klimakrise die genannten Herausforderungen der integrationistischen Ansätze überwinden kann.

In *Responsibility for Justice*, dem posthum erschienenen Werk von Young, entwickelt sie eine Definition struktureller Ungerechtigkeiten, wonach einige soziale Gruppen durch sozio-strukturelle Prozesse systematische Einschränkungen in ihren Möglichkeiten zur Selbstbestimmung (*self-determination*) und

Selbstentfaltung (*self-development*)⁹ erfahren, während anderen Gruppen diese Möglichkeiten umso mehr zur Verfügung stehen (Young 2011, 52). Die Einschränkungen in Selbstbestimmung und Selbstentfaltung nennt Young Unterdrückung und Beherrschung – dies ist ein Argument, das Young wiederum schon in ihrem 1990 erschienen Buch *Justice and the Politics of Difference* erarbeitet (Young 1990, Kapitel 1 und 2). Strukturen sollten, so Young, der zentrale Bezugspunkt der Gerechtigkeit sein.¹⁰ Sie vertritt hier ein weites Verständnis von Strukturen, indem sie auch individuelle Handlungen vor dem Hintergrund struktureller Bedingungen einschließt – ein Schritt, der sie beispielsweise von John Rawls abgrenzt (Young 2006). Die sozio-strukturellen Prozesse umfassen institutionelle Regeln, soziale Normen, aber auch die physische Umwelt. Individuen und Strukturen stehen – in Anlehnung an Anthony Giddens – in einer dualen Beziehung: Strukturen stellen die Hintergrundbedingungen für individuelles Handeln dar und werden von individuellen Akteur:innen in alltäglichen Handlungen reproduziert (Young 2011, 64). Innerhalb sozio-struktureller Prozesse werden verschiedene Akteur:innen positioniert (d.h. sie nehmen bestimmte *soziale Positionen* ein), die wiederum mit bestimmten Möglichkeiten zur Selbstbestimmung und Selbstentfaltung einhergehen. Strukturen entstehen durch eine Vielzahl Handlungen diverser Personen und Generationen, haben also historische Entwicklungslinien, sind aber eben nicht unveränderlich und starr, sondern lassen sich durch gemeinsames Handeln verändern. Ein Ansatz struktureller Gerechtigkeit zielt somit auf die Veränderung der strukturellen Prozesse ab, damit soziale Gruppen nicht in systematischer Unterdrückung und/oder Beherrschung „gefangen sind“ (ebd., 52ff.). Gerechtigkeit umfasst hier zentral nicht nur distributive Maßnahmen, sondern auch politische, also solche, die Einbeziehung in Entscheidungsprozesse und Anerkennungskämpfe umfassen.¹¹ Strukturelle Ungerechtigkeiten sind in ihrem Kern ungerechte Machtverhältnisse, die historisch erwachsen sind und sowohl (nicht-intendiert) reproduziert als auch (intentional) ausgenutzt werden. Demnach muss strukturelle Gerechtigkeit auch an diesen Machtverhältnissen ansetzen.

Hierauf aufbauend argumentiert Young für ein anderes Verständnis von Verantwortung, dem Modell sozialer Verbundenheit (*social connection model*), das Akteur:innen eine politische Verantwortung (im Kontrast zu moralischer Verantwortung)¹² zur gemeinsamen Überwindung ungerechter Strukturen auf der Basis

⁹ Der englische Begriff „self-development“ umfasst hier nicht nur – wie der Begriff Selbstentfaltung vielleicht suggerieren mag – nicht-materielle Bedingungen, sondern auch konkrete materielle Bedürfnisse.

¹⁰ Young versteht Strukturen als sozio-strukturelle Prozesse, daher verwende ich die beiden Begriffe im Folgenden synonym.

¹¹ Zur Unterscheidung zwischen distributiver und politischer Gerechtigkeit siehe auch Forst (2009).

¹² Die Unterscheidung zwischen politischer und moralischer Verantwortung hat zurecht viel Kritik hervorgebracht, siehe zum Beispiel Martha Nussbaums Vorwort in

von Partizipation in diesen Prozessen zuschreibt (Young 2011, Kapitel 3 und 4). Dieses Modell soll das vorherrschende Haftbarkeitsmodell (*liability model*) erweitern, wonach Verantwortung nur dann zugeschrieben werden kann, wenn eine starke kausale Beziehung zwischen Handlung und Wirkung ausgemacht werden kann und die Akteur:innen sich nicht auf Unwissen oder andere entschuldigende Faktoren berufen können. Das Haftbarkeitsmodell ist wichtig, jedoch fasst es Fälle struktureller Ungerechtigkeit nicht korrekt: Strukturelle Ungerechtigkeiten entstehen durch das Handeln vieler Akteur:innen und sind in der Regel unbeabsichtigten Folgen des Handelns innerhalb allgemein akzeptierter Normen und Erwartungen. Die Überwindung dieser Strukturen bedarf zunächst einer Analyse dieser Prozesse und dann gemeinsames Handeln. Gemeinsames Handeln bedeutet hierbei aber nicht, dass alle Akteur:innen dasselbe tun müssen. Vielmehr informiert die soziale Position der jeweiligen Akteur:in auch die Handlungsmöglichkeiten und so können auf verschiedenen Ebenen Veränderungen von Normen durch beispielsweise Aktivismus, von Protest bis Boykott, angestoßen werden. Auch kollektive Akteure können durch Initiativen zu strukturellen Veränderungen beitragen. Somit soll die schwierige und komplexe Aufgabe der strukturellen Veränderung durch eine Vielzahl von Möglichkeiten ausgehebelt werden.¹³

Was bedeutet dies für die Klimagerechtigkeitsdebatte und unser Problemverständnis der Klimakrise? Viele Autor:innen haben sich bisher auf das *social connection model* fokussiert, um so eine innovative Verantwortungszuschreibung formulieren zu können (Sardo 2023, Eckersley 2016). Darauf werde ich später noch zu sprechen kommen. Zunächst muss aber erläutert werden, was die Struktur im Fall der Klimakrise ausmacht, d.h. wie dieser Ansatz die Klimakrise als Gerechtigkeitsproblem greift. Der Ansatz der strukturellen Ungerechtigkeit beschreibt die sozioökonomischen Prozesse des Konsums und der Energiegewinnung fossiler Brennstoffe als historisch bedingte Überschneidungen mit anderen strukturellen Zwängen, die sich im Laufe der Zeit aufrechterhalten haben. Innerhalb dieser Prozesse sind die Akteur:innen unterschiedlich positioniert, so dass einige unterdrückt und beherrscht werden, während andere davon profitieren – diese Beziehungen zwischen Akteur:innen in diesen Fällen lassen sich, wie oben beschrieben, als ungleiche Machtverhältnisse verstehen (Sparenborg 2022). Um diese strukturelle

Responsibility for Justice. Diese Unterscheidung spielt jedoch im Folgenden keine Rolle für das Argument, daher werde ich die Kritik hier nicht noch einmal vorbringen.

¹³ Während sich Young in *Justice and the Politics of Difference* auf der Analyseebene der sozialen Gruppen bewegt, um bereite strukturelle Mechanismen aufzuzeigen, fokussiert sich das *social connection model* auf die individuelle Ebene. Young wendet sich gegen die Idee, dass Individuen losgelöst von Gruppenzugehörigkeiten existiert oder individuelle Subjektivität der Gruppenzugehörigkeit vorgeschaltet wird, Young (1990, 44ff.). Gleichzeitig geht das Individuum natürlich nicht völlig in Gruppenzugehörigkeiten auf, daher spricht Young später von individuellen Akteur:innen und ihrer Verantwortung.

Ungerechtigkeit zu beseitigen, sind Strategien erforderlich, die Selbstbestimmung und Selbstentfaltung ermöglichen, ohne die bisherigen strukturellen Zwänge zu perpetuieren. Dieser Ansatz teilt somit mit dem radikalen Integrationismus einen Fokus auf Macht. Gleichzeitig schafft der von Young ausgehende Ansatz einen Referenzpunkt, der globale und intergenerationale Gerechtigkeitsfragen verbindet.¹⁴ Dieser Referenzpunkt liegt in der Ausarbeitung der strukturellen Prozesse, hier also die der fossilen Energieträger – d.h. wie sie historisch entstanden sind, und so ungerechte soziale Positionen entstanden sind. Daher integriert ein solcher Ansatz die Faktoren, die die soziale Position der Akteur:innen im Verhältnis zu anderen innerhalb der strukturellen Prozesse bestimmen. Es werden jedoch nur die Faktoren einbezogen, die die soziale Position innerhalb dieser spezifischen strukturellen Prozesse bestimmen; so werden beispielsweise keine breiteren Annahmen über die Verteilung von Gütern im Allgemeinen einbezogen. Welche Faktoren bestimmen nun die sozialen Positionen sozialer Gruppen in den sozialen Prozessen der Klimakrise? Dafür braucht es eine Analyse der Kontexte der Selbstbestimmung und Selbstentfaltung ebenso wie die der Unterdrückung und Beherrschung. Ersteres bedeutet referiert zu *agency*, also der Akteurschaft und Handlungsmöglichkeiten innerhalb der Strukturen, während letzteres auch eine kontextabhängige Analyse unter Berücksichtigung kolonialer, rassistischer und geschlechtsspezifischer Muster der Verwundbarkeit einschließt. Sie müssen einbezogen werden, weil sie historisch in die Prozesse verwoben sind und die soziale Position und damit auch die Verwundbarkeit bestimmen. Dies ist ein Lerneffekt aus den Analysen von Roberts & Parks, Cuomo, Whyte und Newell, die ich oben angeführt habe.

Ein struktureller Ansatz zeichnet sich nach dieser Lesart besonders durch zwei Merkmale aus. Erstens werden die strukturellen Prozesse *historisch* analysiert,¹⁵ um ein Verständnis davon zu erlangen, welche Prozesse die Machtverhältnisse geprägt haben und weiterhin prägen. Zweitens liegt der Analyse ein *intersektionales Problemverständnis* zugrunde: Klimavulnerabilitäten überschneiden sich mit anderen Unterdrückungsmechanismen wie Klasse, race und Gender.¹⁶ Dies kreiert soziale Positionen, die mit genuin eigenen Unterdrückungserfahrungen einhergehen. Somit geht es hier wiederum um sowohl distributive als auch politische Gerechtigkeit. Strukturelle Prozesse sind für das Projekt der Klimagerechtigkeit von grundlegender Bedeutung, da sie den Bezugspunkt für die von den Akteur:innen vorzunehmenden Veränderungen darstellen. In diesem Sinne kann der Ansatz der

¹⁴ So haben Philosoph:innen wie Catherine Lu (2017) und Alasia Nuti (2019) beispielsweise Fragen globaler und historischer Ungerechtigkeit strukturell zusammengedacht. Keij & van Meurs (2023) erarbeiten eine interessante Analyse struktureller Prozesse und wie sie gegenüber zukünftigen Generationen überwunden werden müssen.

¹⁵ Siehe hierzu auch die hilfreiche Analyse in Bezug auf Loss & Damage von Heilinger & Kempt (2025).

¹⁶ Zur Auseinandersetzung mit race und Strukturen der Klimakrise, siehe bspw. Tuana (2023) und Sealy-Huggins (2018).

strukturellen Ungerechtigkeit als ein *strukturell integrationistischer Ansatz zur Klimagerechtigkeit* definiert werden.

Ein strukturell integrationistischer Ansatz überwindet die in den vorherigen Abschnitten analysierten Schwächen in zweierlei Hinsicht: Erstens – entgegen der beiden Varianten des Isolationismus – versucht der Ansatz struktureller Ungerechtigkeiten die Vielfältigkeit und Komplexität der Klimavulnerabilitäten und -ungerechtigkeiten abzubilden und sieht auch keinen Vorzug darin, (distributive) Gerechtigkeit in Bezug auf ein einzelnes Gut herzustellen. Zweitens teilt ein strukturell integrationistischer Ansatz mit anderen Integrationist:innen die Auffassung, dass die Klimakrise als Problem der Gerechtigkeit zahlreiche Verknüpfungen, bietet aber mit dem Referenzpunkt der Strukturen a) eine Antwort auf die Frage, in welcher Hinsicht verschiedene Ungerechtigkeiten miteinander interagieren und dabei gleichzeitig b) die verschiedenen Gerechtigkeitsfacetten synonym betrachten.

Zweifelsohne bleiben auch bei diesem Ansatz offene Fragen, beispielsweise welche „Form“ von Kausalität zwischen den verschiedenen historischen Prozessen liegt und wie genau sich beitragende Faktoren davon abgrenzen lassen. Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht die Ansätze struktureller Ungerechtigkeit *per se* verteidigen, sondern vielmehr behaupten, dass diese Herangehensweise gute Voraussetzungen dafür bietet, den methodologischen Problemen des Integrationismus zu begegnen, ohne dabei in einen Isolationismus zu verfallen.

4 Fazit

In diesem Artikel habe ich gezeigt, dass die von Caney eingeführte methodologische Unterscheidung zwischen Isolationismus und Integrationismus eine Auseinandersetzung mit dem zugrundeliegenden normativen Problemverständnis der Klimakrise als Gerechtigkeitsproblem ermöglicht. Hierbei war das Ziel, den in der Literatur zur Klimagerechtigkeit neuen Ansatz struktureller Ungerechtigkeiten nach Young als methodologischen Ansatz zu positionieren. Dabei ging es zunächst darum, jeweils zwei Varianten des Isolationismus und Integrationismus zu erarbeiten, um dann zu zeigen, dass diese vor enormen Herausforderungen stehen: Der theoretische wie auch der pragmatische Isolationismus riskieren eine Verkürzung der realen Klimavulnerabilitäten und -ungerechtigkeiten, der moderate und radikale Integrationismus können entweder nicht erklären, warum nur einzelne Zusammenhänge mit anderen globalen Ungerechtigkeiten in den Fokus rücken, oder lassen die konzeptionellen Grenzen der Klimagerechtigkeit verschwimmen. Dem gegenüber habe ich versucht zu zeigen, dass der von Young ausgehende Ansatz struktureller Ungerechtigkeiten sowohl zeigen kann, dass isolationistische Ansätze das Problem verkürzen, als auch durch den zentralen Referenzpunkt der strukturellen Prozesse

klarere Konturen für einen integrationistische Herangehensweise schaffen. Diesen Ansatz habe ich daher als strukturell integrationistischen Ansatz bezeichnet.

Dieser Artikel hat mehrere Limitationen, die ich nochmal ins Bewusstsein rufen möchte: Erstens habe ich das Spektrum der isolationistischen und integrationistischen Ansätze nicht vollständig abbilden können. Es lassen sich sicherlich Autor:innen finden, auf die die von mir formulierte Kritik weniger zutrifft als hier angenommen. Dennoch glaube ich, dass die Verkürzung des Problems auf Seiten des Isolationismus und die unklaren konzeptionellen Grenzen auf Seiten des Integrationsismus Herausforderungen sind, die beide Lager jeweils ernstnehmen müssen.

Zweitens habe ich mich lediglich auf den von Young ausgehenden Ansatz struktureller Ungerechtigkeit bezogen, da dieser in der Klimagerechtigkeitsdebatte besonders häufig herangezogen wird. Eine weitere Analyse der Unterschiede zwischen beispielsweise den Konzeptionen von Powers & Faden (2019) oder Haslanger (2015), wäre enorm hilfreich.

Drittens hat dieser Artikel sich auf die Frage des normativen Problemverständnisses fokussiert. Wie wir in der Diskussion pragmatisch isolationistischer Ansätze gesehen haben, liegt eine Rechtfertigung in diesem Vorgehen darin, dass enormer Zeitdruck herrscht. Der Umgang mit dem kurzen Zeitfenster, das noch für ernsthafte Anstrengungen offen ist, ist kein Faktum, das wir vernachlässigen sollten. Eine weiterführende Frage wäre daher, wie strukturelle Ansätze in irgendeinem Spannungsverhältnis zur Frage nach Machbarkeit in kurzer Zeit stehen.

Abschließend unterstreicht der Artikel, dass die Klimagerechtigkeitsdebatte ihre impliziten Annahmen über das normative Problemverständnis methodologisch offenlegen sollten, um deutlich zu machen, was wir meinen, wenn wir Klimagerechtigkeit fordern.

Literatur

- Baatz, Cristian und Ott, Konrad. 2017. „In Defense of Emissions Egalitarianism?“ In *Climate Justice and Historical Emissions*, herausgegeben von Lukas Meyer und Pranay Sanklecha, 165-91. Cambridge University Press.
- Bernstein, Alyssa. 2015. „Climate Change and Justice: A Non-Welfarist Treaty Negotiation Framework.“ *Ethics, Policy & Environment* 18 (2): 123-145. [https://doi.org/ 10.1080/21550085.2015.1070519](https://doi.org/10.1080/21550085.2015.1070519).
- Caney, Simon. 2012. „Just Emissions.“ *Philosophy & Public Affairs* 40 (4): 255-300. <http://www.jstor.org/stable/23323980>.
- Caney, Simon. 2021. „Climate Justice.“ *Stanford Encyclopedia of Philosophy*. <https://plato.stanford.edu/entries/justice-climate/>, letzter Zugriff 21.01.2025.
- Cripps, Elizabeth. 2022. *What Climate Justice Means and Why We Should Care*. Bloomsbury.

- Cuomo, Chris J. 2011. „Climate Change, Vulnerability, and Responsibility.“ *Hypatia* 26 (4): 690-714. <https://doi.org/10.1111/j.1527-2001.2011.01220.x>.
- Eckersley, Robin. 2016. „Responsibility for Climate Change as a Structural Injustice“. In *The Oxford Handbook of Environmental Political Theory*, herausgegeben von Teena Gabrielson et al., 345-61. Oxford: Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780199685271.013.37>
- Forst, Rainer. 2009. „Zwei Bilder der Gerechtigkeit.“ In *Sozialphilosophie und Kritik*, herausgegeben von Rainer Forst et al.: 205-228. Suhrkamp
- Frisch, Mathias. 2012. „Climate Change Justice.“ *Philosophy & Public Affairs* 40 (3): 225-253. <https://doi.org/10.1111/papa.12002>.
- Gardiner, Stephen. 2011. *A Perfect Moral Storm: The Ethical Tragedy of Climate Change*. Oxford University Press.
- Gosseries, Axel. 2013. „Cosmopolitan Luck Egalitarianism and the Greenhouse Effect“ *Canadian Journal of Philosophy* 31: 279-309. <https://doi.org/10.1080/00455091.2005.10716857>
- Haslanger, Sally. 2015. „Distinguished Lecture: Social Structure, Narrative and Explanation.“ *Canadian Journal of Philosophy* 45 (1): 1-15. <http://www.jstor.org/stable/26444360>.
- Heilinger, Jan-Christoph und Kempt, Hendrik. 2025. „Loss and Damage, and Addressing Structural Injustice in the Climate Crisis“ *Ethics, Policy and Environment* 28 (2): 266-80. <https://doi.org/10.1080/21550085.2024.2387999>
- IPCC. 2018. *Global Warming of 1.5°C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5°C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty. Summary for Policymakers*. <https://www.ipcc.ch/sr15/>, letzter Zugriff 30.01.25.
- Keij, Daan und van Meurs, Boris Robert. 2023. „Responsibility for Future Climate Justice: The Direct Responsibility to Mitigate Structural Injustice for Future Generations“ *Journal of Applied Philosophy* 40 (4): 642-57. <https://doi.org/10.1111/japp.12674>
- Lu, Catherine. 2017. *Justice and Reconciliation in World Politics*. Cambridge University Press.
- McKeown, Maeve. 2024. *With Power comes Responsibility. The Politics of Structural Injustice*. Bloomsbury.
- McLaughlin, Alex. 2022. „Integrationism, practice-dependence and global justice“. *European Journal of Political Theory* 22 (4): 608-628. <https://doi.org/10.1177/14748851211071047>

-
- Meyer, Lukas und Roser, Dominic. 2006. „Distributive Justice and Climate Change. The Allocation of Emission Rights“ *Analyse & Kritik* 28: 223-49.
- Meyer, Lukas. 2013. „Why Historical Emissions Should Count“. *Chicago Journal of International Law* 13 (2): 597-614.
- Moellendorf, Darrel. 2014. *The Moral Challenge of Dangerous Climate Change: Values, Poverty, and Policy*. Cambridge University Press.
<https://doi.org/10.1017/CBO9781139083652>.
- Newell, Peter. 2005. „Race, Class and the Global Politics of Environmental Inequality“ *Global Environmental Politics* 5 (3): 70-94.
<https://doi.org/10.1162/1526380054794835>.
- Nuti, Alasia. 2019. *Injustice and the Reproduction of History. Structural Inequalities, Gender and Redress*. Cambridge University Press.
- Posner, Eric A. und Weisbach, David. 2007. *Climate Change Justice*. Princeton University Press.
- Powers, Madison und Faden, Ruth. 2019. *Structural Injustice: Power, Advantage, and Human Rights*. Oxford University Press.
- Roberts, J. Timmons und Parks, Bradley C. 2007. *A Climate of Injustice: Global Inequality, North-South Politics and Climate Policy*. MIT Press.
- Sardo, Michael C. 2023. „Responsibility for Climate Justice: Political not Moral.“ *European Journal of Political Theory* 22 (1): 26-50.
<https://doi.org/10.1177/1474885120955148>.
- Sealey-Huggins, Leon. 2018. „The Climate Crisis is a Racist Crisis: Structural Racism, Inequality and Climate Change“, In *The Fire Now: Anti-Racist Scholarship in Times of Explicit Racial Violence*, herausgegeben von Azeezat Johnson et al.: 99-113. Zed Books.
- Shue, Henry. 2014. *Climate Justice: Vulnerability and Protection*. Oxford University Press.
- Sultana, Farhana. 2021. „Critical Climate Justice“ *Geographical Journal* 188: 118-124.
- Sparenborg, Lukas. 2022. „‘Power concedes nothing without a demand’: the structural injustice of climate change.“ *Critical Review of International Social and Political Philosophy*: 1-24.
<https://doi.org/10.1080/13698230.2022.2149060>.
- Steele, Katie. 2021. „Pareto Improvements and Feasible Climate Solutions“ In *Philosophy and Climate Change*, herausgegeben von Mark Buldolfson et al.: 246-69. Oxford University Press.
- Táíwò, Olúfemi. 2022. *Reconsidering Reparations*. Oxford University Press.
- Tuana, Nancy. 2023. *Radical Climates, Ecological Indifference. An Ecointersectional Analysis*. Oxford University Press.

-
- Vanderheiden, Steve. 2008. *Atmospheric Justice*. Oxford University Press.
- Whyte, Kyle Powys. 2016. „Is it Colonial Déjà Vu? Indigenous Peoples and Climate Injustice.“ In *Humanities for the Environment: Integrating Knowledges, Forging New Constellations of Practice*, herausgegeben von Joni Adamson u.a. Routledge: 88-104. <https://doi.org/10.4324/9781315642659>
- Young, Iris Marion. 1990. *Justice and the Politics of Difference*. Princeton University Press.
- Young, Iris Marion. 2006. „Taking the Basic Structure Seriously.“ *Perspectives on Politics* 4 (1): 91-97.
- Young, Iris Marion. 2011. *Responsibility for Justice*. Oxford University Press.
- Zellentin, Alexa. „How to Do Climate Justice“ In *Current Controversies in Political Philosophy*, herausgegeben von Thomas Brooks: 121-37. Routledge.